

Über 41 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 95

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Interims-Präsident:
Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

Vizepräsident:
Jean-Dominique Cipolla, Notar

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

AUNS-Mitgliedschaft:

Eine lohnende Investition für die Zukunft unseres Landes

Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Seit den Anfängen im Jahre 1986 hat sich die AUNS zur stärksten überparteilichen **Volksbewegung** unseres Landes mit über 41 000 Mitgliedern entwickelt. Wir haben im Lauf der Zeit immer wieder Abstimmungskämpfe und Kampagnen für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes geführt.

Ein Marchstein war der Sieg im EWR-Abstimmungskampf 1992. Im Weiteren ist die AUNS – gegen die Übermacht der classe politique und fast aller Medien – erfolgreich angetreten gegen Schweizer UNO-Blauhelme (1994), gegen die Staatssekretären-Vorlage (1995), gegen die EU-Beitrittsinitiative (2001) oder gegen die erpresste «Solidaritätsstiftung» (2002). Ebenso hat die AUNS den Kampf geführt gegen das Militärgesetz (2001), gegen den Beitritt zur politischen UNO (2002) und den milliarden-schweren Asylmissbrauch. Diese Abstimmungskämpfe sind leider verloren gegangen: Nur unterstützt von der

SVP – und gegen alle andern – ist es der AUNS jedoch gelungen, jeweils fast 50 % der Stimmen zu erringen; auch musste der Bundesrat weitgehende Versprechungen und Zugeständnisse im Sinne der AUNS machen, um nicht zu scheitern.

Das zentrale Ziel der AUNS ist die **Verhinderung eines EU-Beitritts**, mit dem unsere Unabhängigkeit, unsere Neutralität und unser Wohlstand preisgegeben würden. Der Bundesrat, die Linke und andere neutralitäts- und heimatmüde Kreise drängen nach «Brüssel». Der Bundesrat weigert sich, das Beitritts-gesuch zurückzuziehen; vielmehr tut er alles, um unser Land durch die Hintertür des Schengener Abkommens in die EU einzubinden. Darum hat die AUNS das **Referendum gegen «Schengen»** beschlossen. Wir sagen Nein zu diesem Kolonialvertrag, der uns fremdes Recht aufzwingt und durch den Abbau der Grenzkontrollen freie Bahn für Kriminelle und Illegale bringt.

Und selbstverständlich treten wir weiterhin an gegen die Verschleuderung des Schweizer Passes und gegen den Asylmissbrauch.

Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten, Ihr Mitgliederbeitrag und Ihr Engagement für die Sache der AUNS sind eine **lohnende Investition für die Zukunft unseres Landes**. Eine starke AUNS, die kompromisslos für die Besonderheiten unseres Landes eintritt und auch über die nötigen finanziellen Mittel verfügt, ist nötiger denn je. Wir bitten Sie deshalb, den Mitgliederbeitrag 2004, wenn möglich etwas «aufgerundet», mit dem beigelegten Einzahlungsschein baldmöglichst zu überweisen und danken Ihnen dafür.

Ihre Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Der Geschäftsführer:



Hans Fehr, Nationalrat

Bilaterale Verhandlungen II

Wo stehen die Verhandlungen?

Ausgangslage

Bundesrätin Calmy-Rey traf am 2.2.2004 Spitzenvertreter der EU in Brüssel. Hauptthema waren die im Moment blockierten bilateralen Verhandlungen. Der zentrale Streitpunkt zwischen der Schweiz und der EU liegt in den Dossiers **Bezugsbekämpfung** und **Schengen/Dublin**. Die EU fordert von der Schweiz eine umfassende Amts- und Rechtshilfe bei sämtlichen Verstössen gegen finanzielle Interessen der EU. Reden wir nicht um den Brei herum: Das Schweizer Bankkundengeheimnis soll weg!

Die EU braucht Geld

Die EU will mittelfristig einheitliche – hohe – Steuern. Ihr Finanzbedarf ist enorm. Und ihre Mitgliedsstaaten haben zum Teil desolate Finanzen. Deshalb hat auch ein Steuerwettbewerb keinen Platz mehr.

Die EU führt auch gegen die Freiheits- und Eigentumsrechte ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger einen Krieg. Denn der EU-Bürger nimmt sich heute das Recht, sein Eigentum vor dem Zugriff der nimmersatten Steuermäuler in Sicherheit zu bringen.

Um ihr Ziel zu erreichen, verteufelt die EU gerne unseren Finanzplatz als unsolidarisch mit «Europa» und als unmoralisch. Sie kann in ihren Attacken auf eifrige Unterstützung durch den linken Schweizer Polit-Filz zählen.

Bundesrat will unbedingt Schengen...

Calmy-Rey machte den Eindruck, der Bundesrat werde hart bleiben und beim Bankkundengeheimnis nicht nachgeben. Beide Seiten bekräftigen, ein Abschluss käme nur bei ausgewogenem Verhandlungsergebnis in Frage. Calmy-Rey liess im Weiteren die EU-Mächtigen wissen, das Dos-

sier Schengen/Dublin sei für die Schweiz «besonders wichtig». Sie erklärte, die Schweiz habe dafür beim Dossier Zinsbesteuerung bereits vor Monaten grosse Zugeständnisse gemacht. Deshalb erwarte man von der EU ein Entgegenkommen.

Zinsbesteuerung als Schweizer Trumpf?

Der Bundesrat will den Trumpf «Zinsbesteuerung» spielen, um im Gegenzug von der EU «Schengen» zu erhalten. Lohnt sich der Einsatz dieses Trumpfes? Denn es wäre historisch einmalig, dass ein souveräner Staat für eine ausländische Macht Steuern eintreibt. Genau das wäre vorgesehen, wenn auf allen Finanzgeschäften eine Verrechnungssteuer von 35% erhoben wird und davon drei Viertel an die EU-Staaten abgeliefert werden müssten. Und ist der Beitritt zu Schengen wirklich das Gelbe vom Ei? Denn zu einem schlechten Abkommen käme ein noch schlechteres dazu!

Bilaterale II sofort abbrechen!

Die EU-Finanzminister – vorab die Rädelführer und Finanzminister aus Deutschland und Frankreich – wollen die Schweiz zwingen, das Zinsbesteuerungsabkommen ohne Gegenleistung zu unterzeichnen. Ein einseitiges Preisgeben eines Hoheitsrechtes kommt für die AUNS nicht in Frage. Denn es wäre einmalig, dass ein souveräner Staat für eine fremde Macht Steuern eintreiben und abliefern muss.

Der Bundesrat ist Opfer seiner eigenen schwächlichen Politik geworden. Der EU-Angriff ist die Folge einer unterwürfigen und naiven Aussenpolitik. Mit magistralem Lächeln und einer hektischen Herumreiserei von EU-Hauptstadt zu EU-Hauptstadt werden die Interessen der Schweiz nicht verteidigt. Der Bundesrat droht nun aussenpolitisch endgültig zu scheitern.

Die AUNS fordert den Bundesrat auf, die Verhandlungen über die bilateralen Verträge II umgehend abbrechen. Zudem muss das EU-Beitritts-gesuch zurückgezogen werden. Die EU muss wissen, dass das Schweizer Volk nicht in die EU will.

Wenn die Bilateralen II scheitern...

Wenn es definitiv zu keinem Abschluss kommen sollte, wäre eine Alternative die rein technische Zusammenarbeit mit dem Schengener Informationssystem (SIS) und mit dem Fingerabdruck-System für Asylanten (Eurodac) denkbar. Ob es sich lohnen würde, dafür den Trumpf «Zinsbesteuerung» zu spielen, wäre eingehend zu prüfen. Die AUNS bleibt skeptisch!

Schengen – ein trojanisches Pferd

Schengen ist wie der EWR ein **Kolonialvertrag**:

- Die Schweiz muss den ganzen heutigen und künftigen Schengener Rechtsbestand ohne Mitentscheidungsrechte übernehmen.
- Die Übergangsfristen bei der Umsetzung von neuen Regeln sind ein Witz. Denn ein «Blödsinn bleibt auch nach einigen Jahren ein Blödsinn».
- Schengen greift unseren Finanzplatz an. Das Bankkundengeheimnis fällt über kurz oder lang.
- Schengen stellt die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen auf den Kopf.
- Schengen bringt mehr Überwachung und weniger Freiheit.
- Schengen bringt «dank» offener Grenzen mehr Kriminalität und illegale Einwanderung.

Schengen ist und bleibt ein unwürdiger Kolonialvertrag. Deshalb lautet die Devise: **Schengen nein!**

Schengen und das Schweizer Waffenrecht:

Registrierung / EU-Feuerwaffenpass!

Noch scheint die Sachlage diffus, Experten sind sich uneinig über die Folgen von Schengen auf unser Waffenrecht. Dennoch liegen bereits aussagekräftige Fakten vor: Schengen bzw. die entsprechende EU-Richtlinie regelt den Erwerb und Besitz von Schusswaffen und Munition, die Rechtsstellung der Waffenhändler sowie den Import und Export von Schusswaffen. Schengen verlangt für gewisse Waffen

- eine vorgängige Genehmigung,
- für andere eine nachträgliche Meldung.

Die Umsetzung dieser Richtlinien ins Gesetz wäre zwar Sache der Schweiz. Aber auch «diesen Spruch» kennen wir. Wenn man vorschreibt, man müsse nach A gehen, aber das Verkehrsmittel sei frei

wählbar, muss man trotzdem nach A. Und das hat ja wohl nichts mehr mit Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu tun ... und in Bundesbern ist man gerne Musterschüler gegen aussen – auch auf Kosten des eigenen Volkes!

Waffenkategorien

Die EU unterscheidet vier Kategorien:

- Kat. A: Kriegswaffen und spezielle Munition. Schengen verbietet grundsätzlich den Erwerb solcher Waffen durch Private.
- Kat. B: Halbautomatische Waffen, Pistolen und Revolver (darunter fallen auch Sturmgewehr 57 und 90 mit Seriefuersperre).
- Kat. C: Karabiner 31 sowie Jagd- und Sportwaffen
- Kat. D: Schlagstöcke, Messer usw. Erwerb bleibt frei.

Konsequenzen für die Schweiz

→ **Neu:** Kauf und Verkauf von Waffen der Kat. B unter Privaten nur noch mit einem Waffenerwerbsschein

→ **Neu:** Einführung eines Rechtfertigungsgrundes. Für Waffenerwerbsscheine braucht es ein «glaubhaftes Erwerbsinteresse» (!).

→ **Neu:** Waffen der Kat. C müssen in allen Fällen – auch bei Erbgang («Karabiner vom Vater...») gemeldet werden (Meldepflicht/Waffenregister).

→ **Neu:** Nicht nur der Erwerb sondern auch der Besitz wird registriert.

→ **Neu: Einführung des EU-Feuerwaffenpasses.**

All diese Massnahmen verursachen einen gigantischen Bürokratismus. Schengen höhlt das Freiheitliche Waffenrecht der Schweizerinnen und Schweizer aus. Zudem bietet es Linken und Moralisten die Plattform für ein restriktives Waffengesetz.

Das Schweizer Waffenrecht darf nicht ausgehöhlt werden. «Schweizerinnen und Schweizer, lasst euch nicht entwaffnen!»

Bilaterale Verhandlungen I

Freier Personenverkehr

Obwohl sich der Bundesrat verpflichtet hat, dass das Schweizer Volk 2009 über die Fortführung des Personenverkehrs abstimmen kann, hat am 4.2.2004 die **sechste Verhandlungsrunde zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen Staaten** begonnen. Geradezu übermütig «feierte» die Schweizer Verhandlungsdelegation das Zugeständnis der EU, die Übergangsfrist zur vollständigen Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen Staaten von ursprünglich zwei auf sieben Jahre auszuweiten.

Fünf Jahre mehr Übergangsfrist zur Einführung einer umstrittenen Sache ist weder ein substanzieller noch existenzieller Gewinn für unser Land! «Ein Mist bleibt ein Mist!»

Wegen der noch nicht vollständigen Umsetzung des freien Personenverkehrs mit der EU-15 liegen keine aussagekräftigen Erfahrungswerte vor. Zudem gibt es beim besten Willen keine Gewähr, dass die Schweiz keinem gravierenden Einwanderungsdruck ausgeliefert würde.

Die EU geht davon aus, dass das Wanderungspotenzial aus den neuen EU-Mitgliedern vier Millionen Menschen beträgt (1 % der EU-Gesamtbevölkerung). Man «geht also davon aus» und gaukelt vor, dies sei wenig. Sicher ist aber, dass die 4 Millionen die saftigsten Wiesen aussuchen werden. Also werden von den 4 Millionen ein Mehrfaches von 1 % in die Schweiz drängen. Dazu tragen das grosse Wohlstandsgefälle und die Attraktivität unserer Sozialeinrichtungen bei.

Man lockt das Schweizer Volk...

Die Befürworter behaupten, die EU-Osterweiterung bringe der Schweiz ein Wachstum von 1 bis 2 Milliarden Franken. Und selbst wenn es so wäre: Was nützt Wachstum, wenn es mehr als weggefressen wird ... durch noch höhere Sozialkosten, höhere Arbeitslosigkeit, höhere Steuern, tiefere Löhne, Abwanderung von Firmen in den Osten?

Offene Grenzen bis tief in den Osten...

Die Osterweiterung verschiebt die EU-Aussengrenze weiter Richtung Osten. Diese Grenze wird noch löcheriger werden. Falls die Schweiz durch einen Schengen-Beitritt noch die Kontrollen an ihren Landesgrenzen ab baut, dann verkommen wir endgültig zum Eldorado von Kriminellen, Drogendealern und Schmarotzern.

Die AUNS beharrt darauf, dass eine allfällige Ausdehnung der Personenfreizügigkeit erst in Frage kommen kann, wenn das Schweizer Volk im Jahre 2009 über die Weiterführung der Freizügigkeit innerhalb der heutigen EU (EU-15) entschieden hat. Bis dahin sind weitergehende Verhandlungen zu sistieren.

Europäische Union

EU: «Schluss mit der unerträglichen Spesenheuchelei!»

EU-Parlamentarier dürfen Spesen abrechnen, die nie gemacht wurden. Der parteilose österreichische Abgeordnete Hans-Peter Martin forderte gegenüber dem «SPIEGEL» (SPIEGEL ONLINE, 4.2.2004) ein Ende der «unerträglichen Spesenheuchelei».

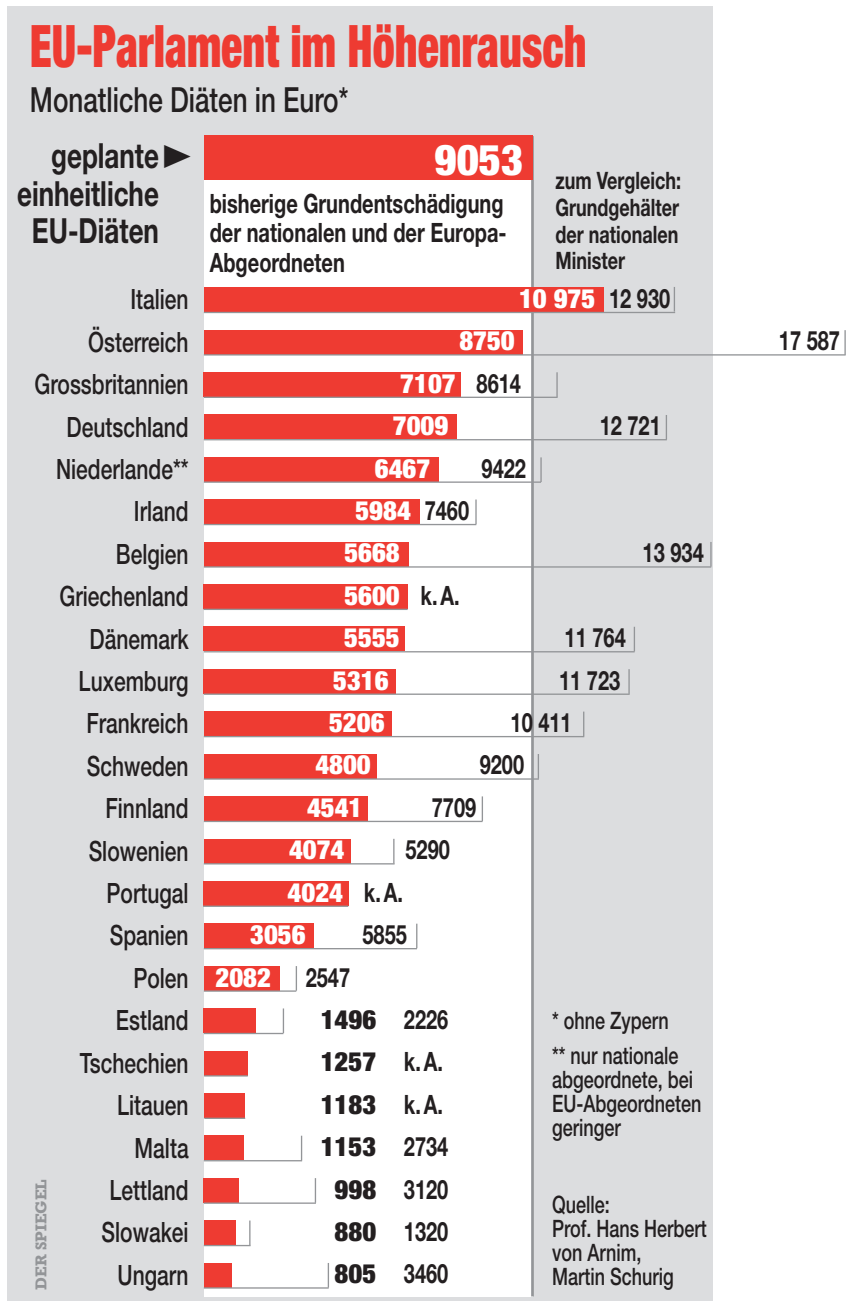
SPIEGEL ONLINE: Das EU-Statut, das vorsah, die Abgeordneten-Diäten (Entschädigungen) auf 9000 Euro monatlich zu vereinheitlichen, ist im Ministerrat gescheitert. Wie ist die Stimmung unter den Parlamentariern in Brüssel?

Martin: Unzählige Parlamentarier sind erzürnt, dass das Privilegien-Statut, das sie im Dezember heimlich beschlossen haben, jetzt nicht durchgekommen ist.

SPIEGEL ONLINE: Sie haben heute unter www.hp martin.net alle Ihre Belege offen gelegt. Welches Signal hätten Sie sich von Ihren Kollegen gewünscht?

Martin: Es hätte schon längst deutlich gemacht werden müssen, dass verstanden worden ist: 9000 Euro Abgeordnetengehalt sind übertrieben.

Das ganze System der Reisekostenregelungen ist pervers und eine Heuchelei. Im EU-Parlament genügt ein Boarding-Pass und dann bekommt man pauschal die Kosten für ein teures Ticket erstattet.



Dazu kommen die aberwitzigen Entfernungspauschalen. Abgeordnete, die 1000 Kilometer weit weg wohnen, erhalten pro Heimreise 268 Euro plus 40 Euro für die Anreisekosten zum Flughafen – für nichts.

SPIEGEL ONLINE: Warum fühlen sich viele Parlamentarier im Recht, wenn sie sich das Gehalt erhöhen wollen?

Martin: Weil viele von ihnen nicht wahrnehmen, dass die meisten Bürger heute finanzielle Probleme haben. Wenn jemand versucht, in einer Zeit, wo gespart werden

muss, so in die Vollen zu langen, muss man laut aufschreien.

Die Sozialdemokraten im EU-Parlament haben Hans-Peter Martin inzwischen aus der Fraktion ausgeschlossen [Vorarlberger Nachrichten, 12.02.2003] Transparenz ist eben nicht gefragt...

Stopp dem neutralitätswidrigen Aktivismus

AUNS-Communiqué vom 27. Januar 2004 (auf www.auns.ch abrufbar):

AUNS: Widersprüchliche Aussenpolitik schadet der Schweiz

Die widersprüchliche Haltung des Bundesrates gegenüber den USA ist am Davoser Weltwirtschaftsforum einmal mehr zum Ausdruck gekommen. Nachdem Bundesrätin Calmy-Rey die US-Regierung in der Vergangenheit wegen deren Irak-Politik mehrfach getadelt und brüskiert hat und sich im Streit Europa-USA auf die Seite Frankreichs und Deutschlands stellte, bettelte Bundespräsident Deiss in Davos bei US-Vizepräsident Dick Cheney um Aufträge für Schweizer Firmen beim Wiederaufbau im Irak. Im Bundesrat weiss die Linke offensichtlich nicht, was die Rechte tut.

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, SP-Bundesrätin Calmy-Rey, hat in ihrer bisherigen Amtszeit bewiesen, dass sie das Wesen der schweizerischen Neutralität nicht begreifen will. Sie brüskiert Handelspartner, schafft sich (und der Schweiz) Feinde und schiebt nach Anerkennung auf dem Boulevard. Sie hat den G8-Gipfel in Evian als «anti-demokratisch» verurteilt und die Regierung Bush getadelt und brüskiert. Im Widerspruch dazu hat sich Bundespräsident

Deiss kürzlich in Davos bei US-Vizepräsident Dick Cheney geradezu treuherzig um Aufträge für Schweizer Firmen beim Wiederaufbau im Irak bemüht.

Auch mit der Unterstützung der so genannten «Genfer Initiative» hat Frau Calmy-Rey die schweizerische Neutralität verletzt und Millionen von Steuerfranken verschleudert. Die praktisch nur von israelischen und palästinensischen Oppositionellen getragene Initiative stösst bei beiden Regierungen auf strikte Ablehnung und hatte scharfe Proteste sowie die öffentliche Verbrennung einer Schweizer Fahne in Nablus zur Folge.

Die AUNS fordert den Bundespräsidenten und den Gesamtbundesrat auf, der widersprüchlichen, neutralitätswidrigen Politik unverzüglich einen Riegel zu schieben und die schweizerische Neutralität im Interesse unseres Landes strikte zu wahren.

Dringender Handlungsbedarf auch im VBS

AUNS fordert Nachhilfeunterricht für Armeechef Keckeis

Korpskommandant Keckeis, der Chef der Armee, hat in einem Interview in der «NZZ am Sonntag» vom 4.1.2004 gesagt, die «Zeit der autonomen Verteidigung» sei «vorbei». Die AUNS hat diese und weitere unhaltbare

Äusserungen des Herrn Keckeis zurückgewiesen und Bundesrat Schmid aufgefordert, den NATO-Kooperationssüchtigen, verirrten Armeechef zur neutralitätspolitischen Ordnung zu rufen und ihm den nötigen staatsbürgerlichen Nachhilfe-Unterricht zu erteilen.

Die Bundesverfassung legt den Kernauftrag der schweizerischen Milizarmee in Artikel 58 wie folgt fest: *Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.* Von einem «Ende der autonomen Verteidigung» kann keine Rede sein.

Im Weiteren besagt Artikel 185 BV: *Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der (...) Neutralität der Schweiz.*

Keckeis singt stattdessen das Hohelied der NATO-Anpassung, der NATO-Kooperation und letztlich der NATO-Unterstellung, was der schweizerischen Neutralität eindeutig widerspricht. Daran ändert auch seine scheinheilige Beteuerung «*Die NATO ist nicht unser Weg*» nichts. Mit wem sonst will Keckeis militärisch kooperieren, nachdem er die Armee XXI völlig auf NATO trimmen will?

Statt seinen Auftrag zugunsten einer glaubwürdigen Milizarmee zum Schutz des eigenen Landes zu erfüllen, will Keckeis ein ganzes Bataillon ins Ausland schicken. Völlig deplaziert sind zudem Polit-Plaudereien wie «Ich bin ein Fan des europäischen Sicherheitsraums».

[NZZ am Sonntag, 4.1.04]

Der Chef der Armee hat seinen militärischen Auftrag zu erfüllen und die politische Arbeit dem Chef VBS und den zuständigen Gremien zu überlassen.

*

Armeechef Keckeis hat allerdings gute Lehrmeister im Bundesrat, wenn es darum geht, die schweizerische Neutralität aufzuweichen und preiszugeben. So haben beispielsweise dem scheidenden NATO-Generalsekretär Robertson gegen Ende des vergangenen Jahres gleich drei Bundesräte ihre Aufwartung gemacht: Bundespräsident Couchepin, Bundesrätin Calmy-Rey und Bundesrat Schmid. Sie haben Robertson versichert, dass die **Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der NATO verstärkt** werden soll. Es muss ihnen wie Honig vorgekommen sein, als Robertson die Auslandseinsätze von Schweizer Soldaten ausdrücklich lobte. Er betonte, die Schweiz gehöre zu je-

nen Ländern, die erkannt hätten, dass man dorthin gehen müsse, «wo Krisen ausbrechen, statt zu warten, bis die Krisen ins eigene Land kommen».

[NZZ, 14.10.03]

PS. Dass wir Gefahr laufen, fremde Konflikte ins eigene Land zu holen, wenn unsere Soldaten «zur Krise gehen», hat Robertson wohlweislich nicht gesagt...

167 Millionen für «zivile Friedensförderung» in den Sand gesetzt?

Eine Parlamentsmehrheit hat in der Dezembersession 2003 für die «zivile Friedensförderung» in den Jahren 2004–07 einen Rahmenkredit von 167 Millionen Franken beschlossen. (Ursprünglich waren es sogar 180 Millionen; aufgrund des Sparpaketes erfolgte jedoch eine Reduktion auf 167 Millionen

Franken.) Davon gehen 125 Millionen Franken zulasten des VBS (Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerung und Sport) und 42 Millionen zulasten des EDA (Eidg. Departement für Auswärtiges).

Bei diesen Steuermillionen handelt es sich zum grossen Teil um hinausgeworfenes Geld: Die «zivile Friedensförderung» besteht im Wesentlichen aus den drei Genfer Zentren für Sicherheitspolitik, für humanitäre Minenräumung und für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Diese Zentren, insbesondere jenes für Sicherheitspolitik, sind weitgehend überflüssig geworden, die Zahl der Kursabsolventen ist massiv zurückgegangen. Dennoch wird der ganze «Apparat» mit Millionen und Abermillionen von Steuergeldern aufrecht erhalten.

Die AUNS kämpft dafür, dass dieser verantwortungslosen Geldverschleuderung ein Riegel geschoben wird.

Stopp dem Asylmissbrauch

3. Asylinitiative ist dringend nötig

In der Sondersession der Eidgenössischen Räte (voraussichtlich vom 3. bis 7. Mai 2004) wird der Nationalrat die **Teilrevision des Asylgesetzes** behandeln. Diese Revision, sofern sie im Sinn der vorberatenden Staatspolitischen Kommission (SPK) gutgeheissen wird, genügt den Anforderungen der AUNS bezüglich Missbrauchsbekämpfung bei weitem nicht. Sie bringt aber in Teilbereichen immerhin eine gewisse Verbesserung gegenüber dem geltenden Recht, so beispielsweise die Möglichkeit, dass der Bundesrat die Entwicklungshilfe an Staaten einstellen kann, die abgewiesene Asylanten nicht zurücknehmen wollen.

Sehr negativ fällt jedoch ins Gewicht:

Die neu geschaffene *humanitäre Aufnahme* (ursprünglich *integrative Aufnahme* genannt!) für abgewiesene Asylanten, die bis auf weiteres nicht weggewiesen werden können, würde zum Signal für Tausende und Abertausende, «es auch in der Schweiz zu versuchen». Diese Leute könnten arbeiten, sich ausbilden, eine Landessprache erlernen und ihre Familienangehörigen nachziehen.

Trügerische Asylstatistik 2003

Das Bundesamt für Flüchtlinge hat am 7. Januar 2004 die Asylstatistik 2003 als «Erfolgsmeldung» zu verkaufen versucht. So sei die Zahl

der neuen Gesuche gegenüber dem Vorjahr von gut 26 000 auf rund 21 000 gesunken, es gebe praktisch «keine Pendenzen» mehr und die Zahl der Personen des Asylbereichs sei auf rund 90 000 gesunken. **(Dazu sind allerdings noch die 41 500 Personen zu zählen, die seit dem Jahr 2000 «ausländerrechtlich» administriert werden, um die Asylstatistik zu beschönigen.)**

Zu dieser «Erfolgsmeldung» passt es schlecht, dass beispielsweise das Sozialamt des Kantons Zürich dringend neue Asylzentren errichten will, so unter anderem einen dreigeschossigen «Hotelkomplex» für 80 bis 120 Asylanten in Eglisau/ZH.

Die Erklärung ist einfach: **Viele Asylanten verlassen unser Land dank der Unterstützung von links-grünen Politikern, Hilfswerken, linken Anwälten und kirchlichen Kreisen jahrelang nicht oder überhaupt nicht mehr.**

Deshalb muss mit unattraktiven Bedingungen dafür gesorgt werden, dass die meisten der rund 95 % Scheinflüchtlinge, die ein Asylgesuch stellen, gar nicht mehr kommen. Dieses Ziel wollen die AUNS und die SVP mit der dritten Asylinitiative, die Mitte 2004 lanciert wird, mit der folgenden Stossrichtung erreichen:

- Der Bund gewährleistet eine **Grenzkontrolle**, die illegale Übertritte verhindert.
- Auf ein Asylgesuch wird **nicht eingetreten**, wenn der Gesuchsteller a) illegal in die Schweiz eingereist ist; b) aus einem verfolgungssicheren Herkunftsland stammt; c) seine Identität verweigert oder verfälscht; d) oder ein Verbrechen oder mehrere Vergehen begangen hat.
- Asylsuchende, auf deren Gesuch nicht eingetreten oder deren Gesuch abgelehnt wurde, werden bis zur Ausreise in **Kollektivunterkünften des Bundes** untergebracht, bei einfacher Unterkunft und Verpflegung.

Wichtiger Agenda-Eintrag!

15. Mai 2004, Samstag

Hotel National in Bern:

19. ordentliche Mitgliederversammlung der AUNS.
Einladungsunterlagen folgen mit dem Grauen Brief Nr. 96.

Bessere Grenzkontrolle statt «Schengen»

Das Grenzwachtkorps (GWK) hat auch im Jahr 2003 ganze Arbeit geleistet. Während, wie schon in den Vorjahren, über 100 000 Personen an der Grenze zurückgewiesen wurden, weil sie die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllten, hat das GWK deutlich mehr Personen der Polizei übergeben oder als illegal Eingereiste aufgegriffen.

Intervention	2001	2002	2003
Zurückgewiesene Personen	105 734	110 127	101 219
Übergabe an Polizei	26 732	32 290	34 063
Illegal eingereist	4 967	7 405	8 181

Wie diese Illegalen und Kriminellen ohne Grenzkontrollen à la Schengen künftig von unserem Land ferngehalten werden sollen, bleibt das Geheimnis der Schengen-Befürworter!

Mehr Kriminalität im Schengenland Österreich

Interessant ist in diesem Zusammenhang die neueste Kriminalstatistik im Schengenland Österreich. Im Jahre 2002 wurden 591 584 Kri-

minalfälle bekannt, im Jahr 2003 waren es 654 381 Fälle. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote um 1,2 %, nämlich von 40,8 auf 39,6 % gesunken. Das ist ein miserables Zeugnis für «Schengen»!

AUNS fordert: Grenzwachtkorps verstärken!

An unserer Grenze herrscht heute ein «Kontrollnotstand». Für eine genügende Kontrolldichte braucht es rund 300 zusätzliche Grenzwachter. Laut Oberst Toni Grab, bis Ende 2003 Kommandant des Grenzwachtkorps II, erfolgt die Personenkontrolle an der Grenze derzeit wie folgt: 90 % sind Gesichtskontrollen (der erfahrene Grenzwachter hat ein ausgeprägtes Gespür, welche Leute er genauer unter die Lupe nehmen muss), 15 % sind Teilkontrollen und 3 % sind vertiefte Kontrollen.

Oberst Grab erachtet eine **Verdoppelung der vertieften Kontrollen auf 6 %** als notwendig. Dazu braucht es die 300 zusätzlichen Profis.

Die Besoldungen für diese zusätzlichen Grenzwachter, für Arbeitsplatzkosten und Nebenkosten lassen sich problemlos decken, wenn endlich die sinnlose Alibi-Übung mit der Swisscoy-Truppe in Kosovo gestoppt wird. Dieser Unsinn verschlingt offiziell gegen 50 Millionen Franken im Jahr; eine seriöse Gesamtrechnung (die auch den Politiker-, Beamten- und Diplomantentourismus mit einschliesst) dürfte einen noch wesentlich höheren Betrag ergeben.

Für unsere Sicherheit bringt diese Alibiübung nichts. So sind beispielsweise aus Serbien/Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien im Jahr 2003 3987 neue Asylgesuche eingegangen, obwohl behauptet wurde, dank der «Friedenserhaltung» (Peace keeping) kämen keine Asylanten mehr!

Ein Teilerfolg!

Der Bundesrat hat beschlossen, dass in der laufenden Legislatur 2003–07 keine EU-Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Ein sichtlich genervter Bundesrat Deiss versuchte zwar, mit professoralen Worten den Entscheid zu relativieren. So oder so kann der ehemalige AUNS-Präsident Christoph Blocher einen Erfolg verbuchen.

AUNS: Was ist ab 2004 zu tun?

im Februar 2004

Termine	Sachgeschäfte	Auftrag/Massnahme der AUNS
Verhältnis Schweiz – Europäische Union		
permanent	EU-Beitritt Schleichende Anpassung durch Abbau von «Beitrittschürden»	→ Verhindern (Hauptziel der AUNS) → Rückzug EU-Beitrittsgesuch → Verhindern / Taktik enthüllen (Schadensbegrenzung)
ab 2004	Bilaterale Verhandlungen II: Kolonialvertrag Schengen/Dublin, Druck auf Bankkundengeheimnis	→ Orientierung über Schengen-Folgen → Referendums- und Abstimmungskampf
ab 2004	Ausweitung freier Personenverkehr auf 10 Ost-Staaten (Bilaterale I)	→ Verhandlungen sistieren bis nach 2009 (Abstimmung über Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU-15) → Unterstützung allfälliges Referendum
Aussenpolitik / Politische Uno		
permanent	Aktivismus von «Bundesbern» gegen die Interessen der Schweiz UNO-Politik in New York: Aktivismus contra Neutralität	Überwachen / Enthüllen / Parlamentarische Vorstösse (Schadensbegrenzung)
noch offen	UNO-Mitgliedschaft	Motion für neue UNO-Abstimmung pendent → Evtl. Initiative UNO-Austritt vorbereiten
Sicherheitspolitik		
permanent	Armee XXI: NATO-Kooperation / NATO-Anpassung NATO-Unterstellung	Keine Aufweichung der bewaffneten Neutralität
permanent	Neutralität: Aktivismus im Rahmen von EU/UNO/ NATO	Kampf gegen Aushöhlung / Parlamentarische Vorstösse (Schadensbegrenzung)
Direkte Demokratie		
ab 2004	Staatspropaganda	Demokratiefeindlichen Missstand anprangern, bekämpfen (parlamentarische Vorstösse)
ab 2005	Staatsleitungsreform / Verwaltungsreform	Neue Vorlage: Entlastung Bundesrat von Verwaltungsaufgaben, Effizienzsteigerung in der Verwaltung
Asyl- und Ausländerpolitik		
ab März 2004	Einbürgerungspolitik	Unterstützung Volksinitiative (Gemeinde entscheidet endgültig, keine Rekursmöglichkeit)
ab Juni 2004	Asylpolitik	Unterstützung 3. Volksinitiative gegen Asylmissbrauch

Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.

Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5